

Die Antwort des Staatsrats (27. Februar 2007) ist zwar sehr vollständig, was die Ergebnisse der Grossratswahl anbelangt, man muss aber feststellen, dass dem bei den Auskünften über die beiden Wahlgängen für die Kantonsregierung nicht so ist. Das ist umso erstaunlicher, als die Waadtländer am Tag nach der Wahl um 18 Uhr wussten, wer im ersten Wahlgang für welche Kandidatinnen und Kandidaten gestimmt hatte.

Mit Erstaunen erfahre ich:

«Eine statistische Auswertung der Staatsratswahlen wurde für die Anwendung VOTEL-MAJ nicht geplant. Gemäss der geltenden Praxis erfasst die Anwendung nur die Ergebnisse».

Die Bekanntgabe der Zahl der unveränderten Listen hilft den politischen Parteien und den Politikwissenschaftlern nicht viel weiter, wenn sie die Subtilitäten beim Abstimmungsverhalten der Freiburger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verstehen wollen: Wie viele Stimmen stammen von veränderten Wahllisten? Wie wurde panaschiert?

Ich frage deshalb den Staatsrat:

1. Ist es noch möglich, die detaillierten Ergebnisse der Regierungswahl zu erstellen?
2. Wenn das möglich ist, welche Kosten würde es verursachen?
3. Welchen Teil der Kosten der (unvollständigen) Software VOTEL-MAJ würde das ausmachen?
4. Ist der Staatsrat gewillt, diese Ergebnisse ebenso klar herauszuarbeiten wie bei der Grossratswahl?

Den 3. April 2007

Antwort des Staatsrats

Die Auszählung der Wahlen nach dem Majorzsystem verlief gleich wie bei den vorhergehenden Wahlen 1991, 1996 und 2001. Die Auszählungsformulare lassen es nicht zu, die Herkunft der Stimmen von veränderten Wahllisten zu bestimmen. Die Statistik, die für die Staatsratswahl 2006 geliefert wurde, entspricht derjenigen, die nach der Ständeratswahl 2003 erstellt wurde.

Da kein Gesuch eingereicht wurde, das die für die Majorzwahlen gelieferten Statistiken in Frage gestellt hätte, wurde die Auszählungssoftware nach dem Vorbild des Kantons Bern und gemäss den Statistiken, die die Staatskanzlei Freiburg bisher geliefert hat, entwickelt.

Frage 1

Da das Wahlmaterial noch zur Verfügung steht, ist es theoretisch möglich, die detaillierten Ergebnisse für die Regierungswahl zu erstellen. Damit die detaillierten Ergebnisse aber so erstellt werden können, dass man die gewünschten Statistiken erhält, müssen die beiden Wahlgänge 2006 mit einem noch zu schaffenden Auszählungsformular neu ausgezählt werden.

Das entsprechende Informatikprogramm muss ebenfalls geändert werden, so dass man die Ergebnisse in einer verwertbaren Form erfassen, bestätigen und wiedergeben kann.

Fragen 2 und 3

Eine solche Operation würde bedeutende Kosten verursachen; man kann sie auf fast 200'000 Franken schätzen (Vorbereitung, Information und Versand des Auszählungsmaterials, Entschädigung der Wahlbüros, Erfassung der Ergebnisse in der Informatikanwendung usw.). Die Kosten für die Anpassung der Software VOTEL-MAJ werden auf ungefähr 50'000 Franken geschätzt. Ausserdem muss man die Fristen für die Realisierung, die Testphasen und die Arbeiten für die Betriebsaufnahme der gewünschten Änderungen berücksichtigen.

Die gesamten Kosten für die Software, die bisher bezahlt wurden, belaufen sich auf ungefähr 400'000 Franken; in diesem Betrag sind die Kosten für die Vorstudie der Machbarkeit, die Anschaffung, die Anpassung der Software des Kantons Bern an die Freiburger Anforderungen und der Kauf von Informatikmaterial enthalten.

Frage 4

Der Staatsrat ist der Meinung, dass die Kosten für eine Neuauszählung in keinem Verhältnis stehen zu den Informationen, die man durch die damit erstellten zusätzlichen Statistiken erhalte.

Er hat jedoch Verständnis für das Anliegen und hat die nötigen Massnahmen getroffen, damit auch bei den Majorzwahlen detaillierte Statistiken erstellt werden können. Die Auszählungsweise wird angepasst und wird von den eidgenössischen Wahlen in diesem Herbst an ähnlich wie bei einer Wahl nach dem Proporzsystem sein. Die entsprechenden Informatikprogramme werden geändert. So wird es möglich sein, in Zukunft den Erwartungen der politische Parteien, der Medien und der Analyse- und Umfrageinstitute zu entsprechen. Man muss sich jedoch bewusst sein, dass die neue Auszählungsweise das Verfahren schwerfälliger macht und deshalb die Gefahr besteht, dass die Veröffentlichung der Ergebnisse etwas verzögert wird.

Freiburg, den 11. Juni 2007